

# Warum marktwirtschaftlich denkende Ökonomen an Einfluss verlieren



SILVIO BORNER \* • Oktober 2014

**D**rei Ökonomen haben mein berufliches Wirken entscheidend geprägt: W. A. Jöhr als Lehrer und Doktorvater, James Tobin als Mentor meines zweijährigen Forschungsstipendiums in Yale und Gottfried Bombach als vorbildlicher und väterlicher Kollege im Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung in Basel. Alle drei waren als Menschen und Wissenschaftler sehr verschieden, hatten aber eines gemeinsam: die feste Überzeugung, die Ökonomie habe „im Dienste der Wirtschaftspolitik“ zu stehen wie Jöhr sich in seinem Buchtitel ausdrückte. Der Nobelpreisträger Tobin formulierte es so: „Die Ökonomie ist immer ein wirtschaftspolitisch ausgerichtetes Fach gewesen. Wenn sie nicht auf dringliche Probleme des Tages angewendet werden kann, wird sie zu einer sterilen Übung ohne Nutzen oder Interesse.“ Als ich vor genau 40 Jahren im Rahmen meiner Habilitation theoretisch und empirisch über das Verhältnis von Ökonomie und Politik zu forschen begann, schien das „Zeitalter des Ökonomen“ (so der Buchtitel von Walter Heller) nicht nur eingeläutet sondern angekommen zu sein. Heutzutage sind wir Ökonomen nicht mehr Weise in der Politikberatung sondern eher Weisenknaben der Politik geworden. Warum nur?

## I. Die freie Marktwirtschaft als Leistungsgesellschaft

Für einen überzeugten und hoffentlich auch überzeugenden Anhänger der freien Marktwirtschaft gibt es ein paar Ankerpunkte, die auch in einer direktdemokratischen Zivilgesellschaft unverrückbar sind. Dazu zählt die persönliche Freiheit als oberstes Ziel, das rationale Eigeninteresse als wichtigster individueller Anreiz und der freiwillige Tausch als zentraler Mechanismus der effizienten Verwendung knapper Ressourcen. Die gewinngetriebene Preiskonkurrenz lenkt so die Produktion nach den Präferenzen der Verbraucher und minimiert gleichzeitig die Kosten der Produzenten. Konkret heisst das, dass die einzelnen Menschen in politischer und ökonomischer Freiheit und Eigenverantwortung ihre Entscheidungen bei gegebenen Marktpreisen treffen, allerdings im Rahmen einer abstrakten und konkret durchgesetzten Rechtsordnung, welche die Freiheiten der anderen schützt.

---

\* Der Autor ist emeritierter Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Basel und Mitglied des Akademischen Beirats des Liberalen Instituts.

Das Arbeitsrecht zum Beispiel regelt vieles, aber die zentralen Punkte über Art und Umfang der Leistung des Arbeitnehmers und die Entschädigung durch den Arbeitgeber regeln die Betroffenen in ganz allein. Bis zur 1:12-Initiative oder Mindestlohn-Initiative war das zumindest so. Beide wurden bekanntlich deutlich abgelehnt, aber dass sie auch nur schon ernsthafte Diskussionen auslösten, ist ein Symptom abnehmenden Vertrauens in die Marktkräfte, die Achtung vor Wirtschaftsführern, aber auch den Stellenwert der privaten Sozialpartnerschaft. Im Rahmen der gesetzlichen Marktfreiheit lässt sich jeder von seinen eigenen Interessen leiten, wobei dieses nicht eng als selbstsüchtig oder gar gierig-geizig gesehen werden darf. Im Gegenteil geht das Eigeninteresse weit über den blossen Egoismus hinaus und schliesst Empathie oder Verantwortung für andere mit ein. Ehrlich oder kooperativ oder gar (gezielt) altruistisch zu handeln, liegt durchaus im eigenen langfristigen Interesse. Ehrliche oder sozial gesinnte, gut gelittene und beleumdete Menschen entwickeln wertvollere Netzwerke mit nachhaltigeren persönlichen und geschäftlichen Beziehungen als Lügner, Betrüger oder auch bloss Geizhalse oder Opportunisten.

Der marktwirtschaftliche Tausch von Leistung und Gegenleistung dominiert das wirtschaftliche Geschehen, wobei jeder Transaktion freiwillig und für beide Seiten vorteilhaft sein muss. Nach jeder freiwilligen Transaktion sind alle Beteiligten besser gestellt als vorher. Der Markt ist etwa im Gegensatz zur Lotterie ein Positiv-Summenspiel. Trotzdem sind Lotto-Multimillionäre beliebter als Unternehmer. Diese Bedingungen der Freiheit und Freiwilligkeit schliessen Erpressung, Bedrohung oder Sklaverei aus und setzen Knappheit der Güter und Ressourcen voraus.

Die Marktwirtschaft macht die Menschen sicher nicht per se glücklich, aber sie erlaubt – wie es in der amerikanischen Verfassung formuliert ist – „the pursuit of happiness“, also das individuelle Streben nach Glück. Man muss heute leider schon von der „happiness of pursuit“ sprechen, also der Wertschätzung für die immer kleiner werdenden Entscheidungs- und Handlungsspielräume. Das Gewicht liegt jedoch klar auf dem individuellen Glücksstreben und eben nicht auf dem messbaren kollektiven Glückszustand. Die freiheitliche Suche nach dem eigenen Glück beschert uns kein Paradies auf Erden, aber immerhin die berechtigte Hoffnung für ein besseres Diesseits in unserem Leben.

Dieses Bild einer freien und effizienten Wettbewerbsgesellschaft hat natürlich ihre leisen Zweifler und lauten Kritiker. Diese wollen entweder das im ureigenen Interesse handelnde Individuum durch den edlen sozialverantwortlichen Gutmenschen ersetzen oder den zweiseitigen freiwilligen Tausch in offenen Märkten durch zentrale staatliche Zuteilung nach Prinzipien der Verteilungs- und Bedarfsgerechtigkeit mit staatlichem Zwang überwinden. Beides endet leider bei der politischen Umsetzung in einer totalitären Diktatur, gepaart mit ökonomischem Niedergang und Verelendung der Bevölkerung. Der erste Fünfjahresplan von Stalin oder der grosse Sprung von Mao haben Millionen von Menschen das Leben gekostet – durch Hunger und Terror. Ich bin stolz darauf, auch in jungen Jahren niemals ein Mao-Büchlein geschwenkt, ein Che-T-Shirt getragen oder Ho-Chi-Min

skandiert zu haben. 1968 ist für mich nicht als Studentenrevolution sondern als Unterdrückung der tschechischen Reformpolitik gespeichert.

## II. Fehlentwicklungen in der Ökonomischen Theorie

1. Die Wiederauferstehung eines Vulgär-Keynesianismus bewirkte eine krasse Asymmetrie der Konjunkturpolitik mit vorwiegend expansiver Geld- und Finanzpolitik und verstärkte den Trend zur staatlichen Überschuldung („functional finance“ anstelle von „sound finance“). Dies nenne ich Keynesianischen Makro-Interventionismus, der vor allem in den USA und in der EU überhandnimmt. In überschuldeten Staaten ist der Multiplikator jedes zusätzlichen Ausgaben- bzw. Defizitfrankens negativ, weil Konsumenten und Investoren darauf überproportional restriktiv reagieren. Nullzinsen sind langfristig auch wachstumsfeindlich, weil sie keine Selektion mehr zwischen produktiven und spekulativen Anlagen erzwingen und so zu „asset bubbles“ führen. Oder anders gesagt: Der Neo-Keynesianismus operiert mikro- und politökonomisch völlig im luftleeren Raum.

2. Die Interpretation des Modells des allgemeinen Gleichgewichts als Benchmark für die Funktionsweise von realen Märkten erzeugt den falschen Eindruck eines allgegenwärtigen Marktversagens. Daraus ergibt sich dann die Forderung nach staatlichen Eingriffen gegen immer neuen Formen des Marktversagens. Diese Fehlinterpretation blendet das klassische Politikversagen völlig aus. Es geht bei diesem um die Anmassung von zentralisiertem Wissen, sowie die Nicht-Beachtung der individuellen Anreize und Anpassungsmechanismen. Politikversagen hat immer „unintended consequences“. Leider verleiten diese Fehlentwicklungen zu noch strikteren Regulierungen. Jeder Student von heute kann die Ursachen für Marktversagen gebetsmühlenartig herunter haspeln, hat aber von der realistischen Funktionsweise von Märkten kaum noch eine schwache Ahnung, weil ihre Professoren wie schon Stiglitz zu meiner Zeit in Yale für alles und jedes mathematisch richtige Lösungen erfinden. Derselbe Stiglitz hat heute für alles eine ideale politische Lösung.

3. Diese interventionistischen Fehlentwicklungen in der Wirtschaftspolitik schwächen nicht nur das Verständnis, wie Märkte wirklich funktionieren, sondern begünstigen auch die Eroberung der Politik durch staatliche Bürokratien und private Sonderinteressen. Paradebeispiel ist unsere Agrarpolitik, die aber immer mehr in andere Bereiche wie Verkehr, Energie, Gesundheit oder Bildung etc. expandiert. Bei den Windrädern sind wir schon bei „Höhenzuschlägen“ angelangt, und die KEV soll auf Gross-Wasserkraftwerke ausgedehnt werden. Die Energiewende kippt in eine planwirtschaftliche Katastrophe. In der Sozial- und Gesundheitspolitik haben sich ganz neue Betreuungsbranchen mit einer halben Million Beschäftigten entwickelt, die privatwirtschaftlich bezahlt, aber staatlich finanziert werden und als Wachstumsmotoren nur weiter in den Schuldenmorast führen. Dies nenne ich bürokratisch-administrativen Plan- oder Regulierungs-Interventionismus, der gerade

in der Schweiz besonders aufzublühen scheint, nicht zuletzt weil die Schuldenbremse das Staatsbudget im engeren Sinne wirksam begrenzt.

### III. Ethische und demokratische Grenzen von Märkten

Es gibt sehr gute Gründe, nicht alles, was knapp ist, der Zuteilung durch Märkte über Preise zu überlassen. Zum Beispiel stellt sich bei Blutspenden schon die Frage, ob eine Marktlösung mit Bezahlung besser ist als ein rein freiwilliges System, dem man durch ein paar ökonomische Anreize noch ein bisschen nachhelfen kann. Aber auch innerhalb einer Ehe oder Familie erfolgt die Koordination und Kooperation nicht über Preise, sondern über vielfältige Kooperationsformen und gegenseitiger Unterstützung. Andersherum funktioniert eine Familie jedoch auch nicht, wenn beispielsweise ein Kind nur auf Kosten der anderen Trittbrett zu fahren versucht. In der Theorie spricht man in diesem Zusammenhang vom „rotten kid“ („faules Kind“). Warum Familienmitglieder unentgeltlich Leistungen für einander und in extremis sogar für ein „rotten kid“ erbringen, sofern dieses sich nicht völlig ausklinkt, wird durch die unmittelbare Überschaubarkeit und persönlichen Bande erklärt. Diese Situation ermöglicht eine enge und strenge soziale Kontrolle durch Prinzipien wie Fairness, Gegenseitigkeit, Zuverlässigkeit, Vertrauen. Was in kleinen Gemeinschaften bestens funktioniert, muss in grossen Gruppen indes kläglich scheitern, weil dort eben Trittbrettfahren viel leichter möglich und viel schwieriger zu sanktionieren ist. Die Grenzmoral sinkt mit zunehmender Grösse der Gruppe schnell und dramatisch. Fast niemand schmeisst seinen Abfall auf den eigenen Fussboden, aber viele verhalten sich ganz anders auf öffentlichem Grund, wenn sie nicht gesehen werden. Dass ausgerechnet die jüngste Generation hunderte von Tonnen Abfall nach Open Air Festivals liegen lässt, widerspiegelt die Realität leider besser als billiges Ökologiegeschwafel. Spenden, Freiwilligenarbeit und Milizsystem spielen also auch in einer zivilisierten Marktwirtschaft eine zentrale Rolle. Wenn nun aber plötzlich all diese freiwillig erbrachten Nichtmarkt-Leistungen monetär bewertet werden, pervertiert man gerade dadurch ihren intrinsischen Wert. Wenn ich als gut verdienender Grossvater die Enkel hüte, ist das nicht mehr wert, als wenn die nichterwerbstätige Grossmutter diese Aufgabe erfüllt. Und dies, obwohl die Opportunitätskosten von mir natürlich grösser sind. Die Leistung einer Ehefrau und Mutter kann man nicht als Multidienstleister zum Tarif von Marktleistungen für Putzen, Kochen, Erziehen, Sex beziffern. Wir wollen hier bewusst keine Marktpreise und deshalb auch keine Marktbewertungen. Es ist daher paradox, wenn ausgerechnet die schärfsten Kritiker der Marktwirtschaft immer wieder solche Berechnungen für den aussermarktlichen „Service public“ ins Feld führen. Es gibt in der Tat sehr viele gesellschaftliche, aber auch ökonomisch relevante Beziehungen, die wir mit guten Gründen nicht über Märkte laufen und durch Preise steuern wollen.

In politisch-rechtlichen wichtigen Bereichen rangieren nicht individuelle Freiheit und Effizienz zuoberst, sondern die Gleichheit vor dem Gesetz. Wenn eine allgemeine Wehrpflicht gültig sein soll, kann sich der Rekrutierte nicht mit Geld-

oder Realersatz auskaufen. Oder wer stimm- und wahlberechtigt ist, kann seine eigene Stimme abgeben oder nicht, aber verkaufen darf er sie – im Gegensatz etwa zu einem Ticket für ein Konzert oder einen Match – unter keinen Umständen. Dies sind Grenzen des Marktes, die durch die Prinzipien der Demokratie legitimiert sind.

## IV. Die neuen Ideologien: Egalitarismus, Kommunitarismus und Ökologismus

Es ist somit nicht die marktwirtschaftlichen Kommerzialisierung von immer mehr Lebensbereichen, welche freiwillige Solidarität in Form von Gratisarbeit, des Milizgedankens oder des Spendens zurückdrängt, sondern die Politik der staatlich erzwungenen Umverteilung und Verhaltensänderungen. Wenn ich schon mit hohen Steuern den Lebenswandel von anderen finanzieren muss, dann schwächt das meine Bereitschaft zur persönlichen und freiwilligen Hilfe- oder Unterstützungsleistung. Die sich ungebremst ausdehnende Sozial- und Umverteilungsdemokratie ist der wahre Zerstörer freiwilliger Solidarität und unbezahlter Hilfsbereitschaft – und eben nicht die angeblich schrankenlose oder gar barbarische Marktwirtschaft mit dem Wettbewerb im Zentrum.

Der ausufernde Sozialstaat stösst somit nicht nur an Grenzen der Finanzierbarkeit sondern unterminiert sein sozialetisches Fundament. Dies ist höchst bedauerlich, weil freiwillige Leistungen über den finanziellen Nutzen hinaus Werte schaffen wie Anteilnahme, Pflichtgefühl oder Dankbarkeit und so den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.

Aber was steckt hinter diesem Vormarsch des staatlichen Zwangs zu Solidarität, Umverteilung und Bevormundung? Ich sehe drei quasi-religiöse und fundamentalistische Strömungen, welche die Marktkräfte zu unterspülen drohen.

### 1. Der Egalitarismus

Die marxistischen Formeln des Sozialismus (Verstaatlichung des privaten Eigentums und zentrale Planwirtschaft) sind passé, aber durch einen „Sozialdemokratismus“ ersetzt worden. Dieser orientiert sich am gleichmacherischen Egalitarismus und will durch radikale Umverteilung und erzwingbare Rechtsansprüche an den Staat die „soziale Gerechtigkeit“ als materielle Gleichheit verwirklichen. Chancengleichheit weicht der Gleichheit im Ergebnis. Die Bekämpfung von Ungleichheiten aller Art rückt ins Zentrum der Politik. Gleichverteilung erscheint wichtiger als Wachstum. Wenn alle Einkommen sich in jeder Generation verdoppeln, geht es definitiv allen besser, aber die absolute Verteilung wird ungleicher, was gemäss den Egalitaristen in jedem Fall zu bekämpfen ist. Lieber alle gleich arm, aber gleich. Viele Aspekte dieser Politik finden immer mehr auch bei bürgerlichen Politikern und Wählern Anklang. Momentan ist dies bei der geradezu krankhaft obsessiven Gleichstellung von Mann und Frau bzw. schon von Bub und Mädchen besonders krass beobachtbar.

## 2. Der Kommunitarismus

Die zweite Komponente dieses Sozialdemokratismus ist der Kommunitarismus, der eine Demokratisierung der Wirtschaft anstrebt und die individuellen Entscheidungen durch erzwungene Solidarität und politischen Diskurs ersetzen will. Das Verhalten am Markt wird durch „Exit“ dominiert. Wenn mir ein Produkt nicht gefällt, ein Preis zu hoch erscheint oder die Qualität nicht überzeugt, trete ich aus dieser Beziehung aus. Ebenso wenn mir die Strategie oder Politik eines Unternehmens missfällt, verkaufe ich einfach meine Aktien. In der Politik jedoch steht „Voice“ im Vordergrund. Wir debattieren unter Wegleitung der Kommunitaristen so lange und so uneigennützig, bis wir eine einvernehmliche sozialverträgliche Lösung gefunden haben. Der Kommunitarismus will „Exit“ durch „Voice“ ersetzen und zwar gerade auch in wirtschaftlichen Belangen. Produkte müssen „fair“ sein, Löhne „nicht-diskriminierend“ und Esswaren „nachhaltig“. Im Vordergrund stehen nicht mehr die geltend gemachten Bedürfnisse der Konsumenten, sondern die Verkleinerung des menschlichen Fussabdrucks, die Schaffung einer gerechten Gesellschaft oder die Rettung vor dem Weltuntergang. Ordnungspolitische Grenzen zwischen Markt und Staat werden so nicht (direkt) durch Kollektivierung des Eigentums angestrebt, sondern durch Demokratisierung der Entscheidungsprozesse, zum Beispiel über Lohnhöhen oder -strukturen, Wandel zu einer „grünen Wirtschaft“ oder Verhaltensbevormundungen im öffentlichen Interesse (vergleiche den Lehrplan 21 oder den „Znüni-Terror“ in Kindergärten). Diese Forderungen sind auch in bürgerlichen Kreisen weit verbreitet und verankert. Marktwirtschaftlich orientierte Ökonomen sind zu absoluten Aussenseitern geworden und stossen bei Gutmenschen auf ein mitleidiges Lächeln oder mehr noch auf eine unreflektierte Ablehnung.

## 3. Der Ökologismus

Der sich am Weltuntergang orientierende Ökologismus predigt Nachhaltigkeit und Selbstbeschränkung (Suffizienz) und operiert primär mit der Verbreitung von Angst und Schrecken zum einen und deckt harte Fakten und freie Forschung mit einer absoluten Moralisierung zu. Der Klimawandel ist zum religiösen Ersatz für die Hölle verkommen. Der im International Climate Change Partnership (ICPP) massgebliche James Hansen hat die amerikanischen Bahntransporte von Kohle mit den nazi-deutschen Vernichtungszügen nach Auschwitz verglichen. Wissenschaftlich unhaltbare Leitlinien wie die ehemals „die Grenzen des Wachstums“ und neuerdings der 2000-Watt-Gesellschaft, des ökologischen Fussabdrucks oder die geradezu absurde Förderung erneuerbarer Energien sind zu staatlichen Heilsbotschaften verkommen, die sich rational nicht mehr in Frage stellen lassen. Wer es dennoch tut, gilt als „schlechter“ Mensch. Die „Energiewende“ in der Schweiz ist getrieben von einer kleinen Minderheit von sektiererischen und opportunistischen Eliten und scheint getragen von einer fehlinformierten, gutgläubigen und hoffnungsvollen breiten Masse, die (vorderhand) ihre Illusionen nicht verlieren möchte. Und die Wissenschaft erweist sich leider als wenig standfest sowohl bei Einsatz von Zuckerbrot wie auch von Peitsche.

## V. Fazit

Es ist nicht der Liberalismus, der die Marktwirtschaft und Zivilgesellschaft unterminiert, sondern es ist der ungebremste Vormarsch von staatlichen Verhaltens-Regulierungen und Zwangsumverteilungen, der sowohl der freien Marktwirtschaft, wie der freiwilligen Solidarität den Boden unter den Füßen wegzieht. Dafür tragen die Ökonomen eine Mitschuld, weil sie einem mechanistischen Keynesianismus frönen, oder vor lauter Bäumen des Marktversagens den Wald der Marktwirtschaft nicht mehr sehen. Beide Trends befördern den staatlichen Interventionismus. Wir verlieren so gleichzeitig an persönlicher Freiheit und gesellschaftlicher Solidarität. Hinzu kommen die Ideologien des Egalitarismus, des Kommunitarismus und des Ökologismus. Es sind dies die neuen Ersatzreligionen, die den Anspruch erheben, die Welt nicht nur zu verbessern, sondern zu retten. In Tat und Wahrheit gefährden sie oder – falls wirklich umgesetzt – vernichten sie Freiheit und Wohlstand. Aber nebenbei eben auch echte Solidarität und die eigenverantwortliche Zivilgesellschaft. Wir stehen in der Schweiz heute und morgen vor entscheidenden Schwellen, wenn nicht gar Abgründen, angefangen von der Energiewende, unserem Verhältnis zu Europa, in der Alters- und Gesundheitspolitik, in der staatlichen Reglementierung und Regulierung, aber auch der Entmündigung der freien Bürger und der Zerstörung der Zivilgesellschaft durch allgegenwärtiges Anspruchs- und Schutzmechanismen. Aber auch eine Umkehr im Sinne eines liberalen „Revivals“ ist nicht ausgeschlossen. Nur: je später dies erfolgt, desto schwieriger wird es, wie wir in unseren Nachbarländern beobachten könnten, wenn wir dies wollten. Vorläufig zelebrieren wir aber unsere angeblich gott- oder naturgegebene Wohlstandsgarantie.



LIBERALES INSTITUT

## Impressum

Liberales Institut  
Rennweg 42  
8001 Zürich, Schweiz  
Tel.: +41 (0)44 364 16 66  
Fax: +41 (0)44 364 16 69  
libinst@libinst.ch

Dieses Paper wurde anlässlich der Vernissage des Buches  
*Schweizer Politik im ökonomischen Praxistest* am 25.  
September 2014 am Liberalen Institut vorgetragen.

Alle Publikationen des Liberalen Instituts finden Sie im  
Internet unter [www.libinst.ch](http://www.libinst.ch).

## Disclaimer

Das Liberale Institut vertritt keine Institutspositionen. Alle  
Veröffentlichungen und Verlautbarungen des Instituts sind  
Beiträge zu Aufklärung und Diskussion. Sie spiegeln die  
Meinungen der Autoren wider und entsprechen nicht  
notwendigerweise den Auffassungen des Stiftungsrates, des  
Akademischen Beirates oder der Institutsleitung.

Die Publikation darf mit Quellenangabe zitiert werden.  
Copyright 2014, Liberales Institut.